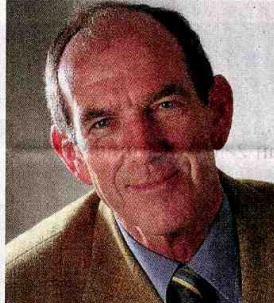


Eine Menge bewegt

CDU befürchtet Schieflage durch Land

„Man kann nur das ausgeben, was man vorher eingenommen hat beziehungsweise, was man in der Lage ist, zu finanzieren. Dieser Weisheit fühlt sich die CDU seit Jahren verpflichtet“, betonte Fraktionschef Helmut Felkel (CDU). Den schmerzlichen Beweis dafür, dass man mit der Herangehensweise richtig liege, habe das Jahr 2011 geliefert. „Wenn wir uns heute mit nur einem blauen Auge über den Haushalt 2012 unterhalten können, ist dies auf die sparsame und strenge Haushaltspolitik der vergangenen Jahre zurück zu führen“, so Felkel. Leider laufe man Gefahr, dass das nicht belohnt werde. Es bestehe aufgrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) 2011/2012 die Gefahr, dass sparsame Kommunen für die Kommunen die – selbst verschuldet oder auch nicht – in Schieflage geraten seien, aufkommen müssten.

Für das „Haus der Gesund-



Helmut Felkel (CDU)

heit“ hoffe man, dass sich die Belegung in diesem Jahr in die richtige Richtung bewegt. „Ich bin sicher“, so Felkel, „dann werden auch die letzten kritischen Stimmen verstummen.“ In Heiden habe man trotz knapper Mittel eine Menge bewegt und erreicht. Davon zu sprechen, Heiden befände sich im Sinkflug, werde den gemeinsamen Anstrengungen nicht gerecht und zeichne ein völlig falsches Bild.

Nicht kaputtsparen

SPD verteidigt Rot-Grün in Düsseldorf

Hans-Jürgen Benson (SPD) haderte mit Kommunalpolitikern des konservativen Lagers. Sie stöhnten über Benachteiligungen „und wie schlecht es uns doch geht“. Heidens CDU werfe der rot-grünen Landesregierung die Verabschiedung des Gemeindefinanzierungsgesetzes vor. Der CDU-Landrat beklage sich, dass der „Kreis auf Flugplatzkosten sitzen bleibt“, weil keine Landesförderung mehr für den Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Wenningfeld überweisen wolle. Benson verteidigte die Reform des GFG, kritisierte den Bund und forderte eine weitere Senkung der Kreisumlage.

Benson sagte, die Grundstücksverkäufe im Neubaugebiet BN 42 gingen schleppend voran. Man dürfe auf keinen Fall neue Baugebiete erschließen und weitere Bauplätze von der Gemeinde anbieten. Das ortsnaher Gewerbegebiet drohe durch Klagen von einigen umlie-



Hans-Jürgen Benson (SPD)

genden Landwirten in einem langwierigen Rechtsstreit auf die lange Bank geschoben zu werden. Benson kritisierte die Grundstücksverhandlungen des Bürgermeisters. Schlecker im Ortskern sei nicht der einzige „Magnet“, der Schwierigkeiten habe. Problematisch sei die Entwicklung der Massentierhaltung. „Wir wollen auch Schulden abbauen. Wir wollen Heiden aber nicht kaputtsparen“, so Benson.

Ganz schön kippelig

Grüne befürworten weitere Windenergie

Dass die finanzielle Situation Heidens „ganz schön kippelig“ ist, hat Holger Michels, (Bündnis 90/Die Grünen) beim Blick auf die Planungen für die kommenden Jahre erläutert. In 2013 und 2014 gelinge es nämlich nicht mehr, den Haushalt aus dem laufenden Betrieb heraus auszugleichen. „In beiden Jahren nehmen wir einen kräftigen Schluck aus der Reserveflasche“, so Michels. Nur mit einer Entnahme von jeweils einer Million Euro aus der Ausgleichsrücklage könne man den Haushaltsausgleich dann noch erreichen.

„Wieviel uns als Gemeinde Heiden der Gewerbepark nun tatsächlich kosten wird, wissen wir mangels belastbarer Zahlen immer noch nicht“, betonte Michels. Es sei richtig, die Gelder erneut mit einer Haushaltssperre belegt zu haben.



Holger Michels (Grüne)

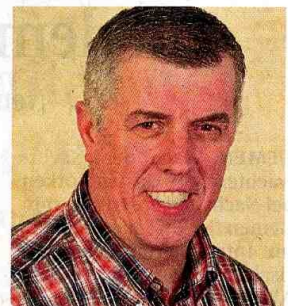
Bei der Finanzierung des Freibads sei man auf jede mögliche Unterstützung durch Bürger und Unternehmen angewiesen. Die Grünen seien dafür, auf dem Gemeindegebiet weitere Flächen zur Gewinnung von Windenergie auszuweisen. Außerdem regte Michels an, die Außendarstellung der Gemeinde zu verbessern.

Auf den Prüfstand

UWG warnt vor Luftschlossern

Es sei absehbar, wann die Ausgleichsreserven in Heiden aufgebraucht sein würden, warnte Ludger Derijck (UWG). Dann werde man nicht mehr in der Lage sein, die Geschicke der Gemeinde selbst zu bestimmen. „Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, unseren ohnehin schon beschränkten Gestaltungsspielraum zu erhalten“, so Derijck. Der Unabhängige kritisierte den Bund und das Land.

„Wenn wir uns im letzten Jahr auf das Orakel der SPD hier im Rat verlassen hätten, hätten wir uns Rückzahlungen für Investitionen am Freibad aufgehalst, ohne sie aus den nicht eingegangenen sprudelnden Gewerbesteuererinnahmen finanzieren zu können. Gut, dass wir nicht auf unsere Ratskollegen von der SPD gehört haben“, so Derijck. Noch fehlten Konzepte für einen Er-



Ludger Derijck (UWG)

halt des Bades, in welcher Form auch immer. Jetzt Luftschlosser zu bauen oder Forderungen aufzustellen und Gelder ohne nachhaltigen Nutzen zu verschleudern, sei unredlich. 350.000 Euro laufende Kosten stünden bei einer viermonatigen Nutzung jedes Jahr etwa nur 50.000 bis 80.000 Euro Einnahmen gegenüber.